

Junge Liberale

Rede des Bundesvorsitzenden der Jungen Liberalen,
Guido Westerwelle,
auf dem 7. Bundeskongress
am 20./21. April 1985 in Bonn

Sperrfrist: Redebeginn (Samstag 11 Uhr)
Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freunde,

vor einem halben Jahr hat kaum jemand damit gerechnet, daß 10% im Saarland und 8,5% in Berlin eine solch optimale Ausgangssituation für den Wiedereinzug der F.D.P. in den nordrhein-westfälischen Landtag schaffen würden. Auch wenn es bis zum Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen noch ein schweres Stück Arbeit ist - die F.D.P. muß von außen um ihre Rückkehr in den Landtag kämpfen - bin ich zuversichtlich, daß wir am 12. Mai das sogenannte "Tal der Tränen" hinter uns haben. Und zwar nicht zuletzt durch Achim Rohde. In Nordrhein-Westfalen gibt es nämlich eine gute Arbeitsteilung zwischen CDU und F.D.P.: Während Achim Rohde von den Jungen Liberalen als intellektueller Motor bezeichnet wird, macht die Junge Union aus Bernhard Worms einen Bernhardiner. Man wird sich nicht in die Quere kommen; keiner kann dem anderen seine Rolle streitig machen!

Der Bundesparteitag in Saarbrücken hat wesentlich zum guten Abschneiden der F.D.P. im Saarland und Berlin beigetragen. Nicht nur wegen seiner außerordentlichen Geschlossenheit.

Vor allem aber hat die FDP in Saarbrücken klar gemacht, daß sie als einzige Partei in der Bundesrepublik die größtmögliche Freiheit des einzelnen in allen Lebensbereichen will. In der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Innen- und Rechtspolitik. Auch in der Innen- und Rechtspolitik muß die FDP wieder in die Offensive!

Wir Liberale kämpfen nicht nur gegen den wirtschaftspolitischen Dirigismus der SPD und der Grünen. Wir Liberale treten mit der gleichen Entschiedenheit auch gegen den gesellschaftspolitischen Mief der CDU/CSU an.

Wie sonst als Mief soll man denn die Bestrebungen des Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann bezeichnen, die Filmförderung auf sein Heimatfilmniveau zu reduzieren.

Wie sonst soll man es nennen, wenn der Bundesparteitag der CDU es abgelehnt hat, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften anzuerkennen. Die Ehe ohne Trauschein, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften oder Singles sind Alternativen für viele Jugendliche. Wer das als moralisch anstößig und sittlich verwerflich diskriminiert bringt den Unterschied zwischen Liberalen und Konservativen auf den gesellschaftspolitischen Punkt: wir Liberale wollen eine bürgerliche, aber keine spießbürgerliche Politik!

In dieses Kapitel gehört auch eine Deutschlandpolitik nach dem Motto heute "Schlesien ist unser" und morgen "Österreich heim ins Reich". Wir Liberale werden nicht zulassen, daß die Aussöhnung mit dem Osten, als außenpolitisch größtem Verdienst der sozial-liberalen Koalition, den Scharf-Macher-Reden einiger ewig Gestrigen aus den Reihen der Union zum Opfer fällt. Und das beschränkt sich beileibe nicht auf die Schlesier-Funktionäre Czaja und Hupka. Auch die konservative Junge Union hat mit ihrem Beschluß vom letzten Deutschlandtag, die Westgrenze Polens in Frage zu stellen, die deutschlandpolitische Sensibilität einer Dampfwalze bewiesen.

Wer seine groß-deutschen Träume in der Bundesregierung ausleben will, muß das ohne die Liberalen tun. Hans-Dietrich Genscher hat bei seiner Außen- und Ostpolitik die volle Unterstützung der Jungen Liberalen. Wenn die CSU das Außenministerium für ihren Parteivorsitzenden beansprucht, dann rüttelt sie an der Geschäftsgrundlage der Koalition.

Liebe Freunde,

in wenigen Tagen, am 8. Mai, jährt sich der 40. Jahrestag des Kriegsendes. Dieser Tag war ein Tag der Niederlage und Befreiung zugleich. In jedem Fall sollten Jugendliche diesen Tag zum Anlaß nehmen, um sich erneut mit unserer Geschichte auseinanderzusetzen, und um die Lehren aus dieser Geschichte für die Gegenwart zu ziehen.

Für mich offenbart der mangelnde Geschichtsbewußtsein, der nicht an die Greuelthaten, die unsere Eltern noch miterlebt haben, erin-

nert werden will. Ich verstehe nicht, warum es nicht eine Selbstverständlichkeit war, daß Präsident Reagan auch ein ehemaliges Konzentrationslager besucht.

Ich verstehe auch nicht, wie 40 Jahre nach Kriegsende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik neu entstehen kann. Ausländer sind keine anonymen Arbeitsmaschinen, die man nach Belieben und Bedarf zwischen ihren Heimatländern und der Bundesrepublik hin- und herschieben kann. In den 60er Jahren wurden Gastarbeiter gerufen. Man darf sich nicht wundern, daß Menschen gekommen sind.

Ich verstehe auch nicht, wie sich der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß, bei seiner jüngsten Israel-Reise so engagiert für deutsche Waffenexporte an Saudi-Arabien einsetzen konnte, obgleich immer wieder solche Waffen bei Angriffen gegen Israel verwendet werden. Ich verstehe auch nicht die Politik der Israelis; aber in jedem Fall bleibt nicht nur der 8. Mai für uns eine moralische Verpflichtung zur restriktiven Rüstungsexportpolitik. Waffenexporte in Krisengebiete darf es nicht geben.

Ich verstehe auch nicht, warum 40 Jahre nach Kriegsende KZ-Opfer der Sinti, Roma und Homosexuellen immer noch nicht entschädigt werden.

Vor allem aber verstehe ich nicht, daß Unionspolitiker wie Zimmermann, Späth und Lummer 40 Jahre nach einer Zeit, in der Deutsche selbst tausendfach auf Asyl angewiesen waren eine Verschärfung des Asylrechts in Angriff nehmen. Haben Zimmermann, Späth und Lummer diesen Teil unserer Geschichte schon vergessen? Und haben Zimmermann, Späth und Lummer auch schon den Tod von Kemal Althun vergessen?

Mit uns Liberalen wird es keine Aushöhlung des Asylrechts geben!

Auch das einseitige Abrücken der Union vom Kompromiss der Koalitions-Rechtspolitiker zum Demonstrationsstrafrecht offenbart, wie fahrlässig einige Unionspolitiker mit rechtsstaatlichen Grundlagen umgehen können.

Wir Liberale sind gegen jede Gewalttätigkeit, sei es gegen Menschen oder gegen Sachen. Auch wir Liberale sind grundsätzlich gegen die Vermummung von Demonstranten. Aber wir Liberale verschließen uns nicht den Argumenten der Praktiker und Experten, die sagen: Ein pauschales Vermummungsverbot führt dazu, daß die Ordnungsbehörden ohne Abwägung des Einzelfalls gezwungen werden, bei einer Demonstration einzugreifen, obgleich die konkrete Situation möglicherweise Zurückhaltung gebietet. Die Durchsetzung eines Vermummungsverbotes kann zu unnötiger Konfrontationsverschärfung führen. Im übrigen sind sehr wohl Situationen bekannt, in denen besonders ausländische Demonstranten sich schon aus Selbstschutz vermummen müssen. Dann nämlich, wenn sie gegen Diktaturen und Unrechtsregime in ihren Heimatländern demonstrieren und mit Gefahr für Leib und Leben für sich, ihre Familien und ihre Freunde rechnen müssen. Was mit Regime-Gegnern passieren kann, wissen wir nicht erst seit dem Mord an dem Gaddafhi-Gegner hier in Bonn. Die Rechtspolitiker der Union haben diese Probleme erkannt und deswegen den Kompromiß ausgehandelt.

Einige Stammtischstrategen und Hofbräupolitiker aber, die sich nicht einmal zu schade sind, den Mord am Industriellen Zimmermann aus München parteipolitisch zu nutzen, und Demonstranten mit Terroristen in einen Topf werfen, haben die Union zum Umfallen gebracht.

Das einseitige Abrücken der Union vom Kompromiss zum Demonstrationsstrafrecht zeigt auch, daß die eigentlichen Störenfriede dieser Koalition nicht in der F.D.P., sondern in den Reihen der Union sitzen. Politiker wie Friedrich Zimmermann, Strauß, Dregger, Czaja oder Hupka wollen eben nicht nur die Rolle rückwärts in den gesellschaftspolitischen Mief der 50er Jahre, sondern sie wollen deshalb auch eine andere Strategie gegenüber dem Koalitionspartner und folglich auch einen anderen Kanzler. Denn der Bundeskanzler weiß natürlich, daß er diese Rolle rückwärts mit dem Hinweis auf das liberale Korrektiv in der Bundesregierung nicht schlagen kann. Und immer mehr Wähler kommen ja deshalb auch wieder zur F.D.P.

Die Rolle rückwärts ist mit uns Liberalen nicht zu machen. Für uns Liberale war die sozial-liberale Koalition eben kein Betriebsunfall. Sondern sie war seinerzeit nicht nur wegen der Ost- und Deutschlandpolitik ebenso notwendig, wie heute wirtschafts- und sicherheitspolitisch die Koalition mit der Union richtig ist.

Aber mit der gleichen Entschiedenheit, mit der wir Junge Liberale uns in der sozial-liberalen Koalition dagegen gewehrt haben, daß aus ihr eine Herzensangelegenheit gemacht wird, so ist für uns auch die Koalition mit der Union keine Blutsbrüderschaft. Koalitionen sind Zweckbündnisse und keine Liebesehen. Und deswegen sind Verbrüderungen und Verschwesterungen auf Parteitagen völlig fehl am Platze. Heute wird Helmut Kohl zu unserem Parteitag eingeladen. Ich frage mich, wenn wir das nächste Mal in München tagen, kommt dann Herr Strauß? Die F.D.P. ist in erster Linie eine eigenständige Partei, und erst in zweiter Linie Koalitionspartner der Union!

Liebe Freunde,

die Notwendigkeit dieser Koalition ergibt sich aus der Wirtschafts- und der Sicherheitspolitik. Wenn eine Bundesregierung das Problem der Jugendarbeitslosigkeit lösen kann, dann ist es eine aus CDU/CSU und F.D.P. eher, als eine Regierung aus SPD oder SPD und Grünen.

Auch in der Wirtschaftspolitik muß gelten, was wir in der Innen- und Rechtspolitik fordern: Mehr Freiheit des einzelnen - weniger staatliche Bevormundung!

Nicht zentralistisches Planungsdenken und ständig zusätzliche Abgaben, sondern die Eigeninitiative braucht eine neue Chance, wenn die Bundesrepublik beim technologischen Fortschritt international den Anschluß behalten soll. Der technologische Fortschritt kann Arbeitsplätze vernichten. Er kann aber Arbeit auch humaner machen und neue Arbeitsplätze schaffen. Allerdings wird Arbeit durch den technologischen Fortschritt verlagert. In Zukunft werden neben Preis und Qualität eines Produktes vor allem Dienst- und Serviceleistungen entscheidende Kriterien für den Konsumenten sein.

Auch bei der Diskussion über neue Medien sollte der Aspekt der Arbeitsplätze nicht vergessen werden. Es ist nicht nur illiberal und arrogant, wenn SPD-Politiker sich anmaßen, sie wüßten besser, was der Zuschauer sehen darf und was nicht. Und insbesondere NRW ist ja mit seinem väterlichen Volksvormund Johannes Rau auf dem Weg zur Medienprovinz. Es ist aber auch leichtsinnig, die Entstehung von Arbeitsplätzen in Redaktionen, Produktion und Technik für viele Jugendliche durch ein Verbot neuer Medien abzuwürgen. Hier werden Arbeitsplätze auf dem ideologischen Altar der Volksbeglückung geopfert:

Die Jugendarbeitslosigkeit ist das dringende politische Problem. Sie ist ein Problem für den einzelnen und eine Zeitbombe für die Gesellschaft zugleich. Man wird es kaum einem Jugendlichen verübeln können, daß er sich von einer Gesellschaft abwendet, wenn sein erster Schritt in das Berufsleben ein Schritt ins Leere ist.

Sozialdemokraten und Grüne kennen hier nur den bequemen und untauglichen Ruf nach dem Staat. Aber man kann keinen Aufschwung staatlich verordnen oder herbeisubventionieren. Und deswegen sagen wir - auch an die Adresse der Bundesregierung - : Anstatt durch Subventionen das Sterben überalterter, unrentabler Firmen zu verlängern, müssen durch steuerliche Entlastungen und Anreize die Gründung neuer zukunftsorientierter Betriebe gefördert werden. Wir fordern auch unsere eigene Partei auf, noch offensiver gegen die Blockadepolitik der CSU beim Subventionsabbau und der Privatisierung vorzugehen.

Das Leistungsprinzip ist die Voraussetzung für das Funktionieren der Marktwirtschaft.

Der jüngste Vorschlag der Jungsozialisten, durch eine Totalbesteuerung eine Einkommenshöchstgrenze in Höhe von DM 10.000,00 einzuführen, ist ein weiteres Beispiel für den Vorrang von Ideologie vor der Vernunft. Wer das Leistungsprinzip außer Kraft setzt, vernichtet den Anreiz zu unternehmerischer Investition und hindert damit auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Jungsozialisten haben sich mit ihrem Vorschlag in der beschäftigungs-

politischen Diskussion selbst entmündigt. Mit klassenkämpferischen Parolen ist die Jugendarbeitslosigkeit nicht zu bekämpfen!

Beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit müssen natürlich auch Tabus angegangen und alte Zöpfe abgeschnitten werden.

Befristete Arbeit ist allemal besser als unbefristete Arbeitslosigkeit. Teilzeit- und Heimarbeit ist ebenfalls besser als gar keine. Es ist richtig, daß der Parteivorsitzende und der Generalsekretär der F.D.P. mit unkonventionellen Vorschlägen verkrustete Diskussionsstrukturen aufsprengen:

1) Die Lohnnebenkosten sind zu hoch. Bester Beweis dafür ist die Schwarzarbeit.

2) Die Tarifpartner sind mitverantwortlich für die Beschäftigung. Leider müssen wir feststellen, daß die Tarifpartner und zwar die Funktionäre der Gewerkschaften ebenso wie die Funktionäre der Arbeitgeberverbände, nur noch eine Politik unter dem Motto "geschlossene Gesellschaft" betreiben. Die, die drinnen sind und Arbeit haben, schotten sich vor denen draußen ab, die Arbeit suchen. Beide Seiten zeigen zuwenig Flexibilität bei Tarifabschlüssen. Sie wollen Staffelungen nicht einmal innerhalb einer Bandbreite bei den Tarif-Abschlüssen zulassen.

Aber unterschiedliche Regionen, Branchen und Firmen verlangen eben auch unterschiedliche Tarife. In Zeiten des Arbeitsplatzmangels müssen sich die Löhne in einem Betrieb auch an seiner schwachen Situation orientieren können. Was für Daimler-Benz gut ist, ist für Arbed-Saarstahl noch lange nicht richtig!

Diese Staffelungen innerhalb einer Bandbreite bei Tarifabschlüssen müssen dann aber auch verbindlich sein. Der Vorschlag, Arbeitslose sollten darüber hinaus auch dann noch unter Tarif eingestellt werden können, geht zu weit.

Erstens würde sich der Lohn den Marktgesetzen entsprechend nur soweit oberhalb der Sozialhilfe einpendeln, wie es sich gerade noch für den Arbeitssuchenden lohnt. Und zweitens würden bis auf wenige Fachkräfte die Arbeitbesitzenden entlassen, um anschließend Arbeitslose unter Tarif einzustellen. Ein solches Recht würde den sozialen Frieden erheblich gefährden.

Liebe Freunde,

wir Liberale wollen die größtmögliche Freiheit des einzelnen. Aber spätestens seit den Freiburger Thesen gilt für liberale Politik: Freiheit setzt immer ein soziales Minimum voraus, weil sonst die Freiheitsrechte gar nicht wahrgenommen werden können. Und auch das Leistungsprinzip in der Marktwirtschaft ist kein darwinistischer Selbstzweck, sondern hat eine soziale Verpflichtung: Nur wenn sich Leistung für den einzelnen lohnt, kann die soziale Sicherheit aller finanziert werden.

Neue Arbeitsplätze gerade für Jugendliche können auch durch mehr Umweltschutz entstehen. Das setzt allerdings voraus, daß man in der Umweltpolitik vorsorgt, anstatt nur nachzubessern. Das derzeitige System der Umweltpolitik beschränkt sich lediglich auf das kurieren der Symptome. Gehandelt wird nur, wenn das Kind Umwelt in den Brunnen gefallen ist und um Hilfe ruft. Die Umwelt muß zu einem Kostenfaktor werden. Erst wenn Umweltverschmutzung Geld kostet, erhalten die Unternehmer einen marktwirtschaftlichen Anreiz zum Umweltschutz. Unser Konzept der ökologischen Marktwirtschaft, welches zwischenzeitlich auch vom Bundesparteitag der F.D.P. übernommen wurde, ist eine bessere Alternative zum umweltpolitischen Dirigismus der Grünen. Sicher, die Grünen sind Alarmsirenen im Umweltschutz. Alarmsirenen alleine aber haben noch nie ein Feuer gelöscht!

Der Ausstieg aus der Industriegesellschaft und die Entwicklung der Bundesrepublik zum idyllischen Selbstversorger ist schon alleine den Entwicklungsländern gegenüber nicht verantwortbar, abgesehen davon, daß kaum jemand auf Dauer, z.B. die kulturellen Vorzüge einer urbanisierten Gesellschaft missen möchte. Ein Morgentau-Plan reicht völlig aus.

In der Umweltpolitik sind marktwirtschaftliche Instrumente nicht nur liberaler, sondern langfristig auch effektiver als staatlicher Dirigismus. Jüngstes Beispiel für die Richtigkeit dieses Satzes sind die Beschlüsse der EG und der Bundesregierung zum abgas-entgifteten Auto. Die Beschlüsse der Bundesregierung sind bürokratisch und undurchsichtig. Eine Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer wäre klarer, marktwirtschaftlicher und deswegen auch das Naheliegendste gewesen. Der Benzinpreis ist ein besserer Anreiz, die Umwelt mit dem Auto möglichst wenig zu belasten. Die Beschlüsse der EG und der Bundesregierung sind aber auch deshalb umweltpolitisch unbefriedigend, weil sie die Abgas-entgiftung bis in die 90er Jahre verschieben. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum beim Reinheitsgebot des deutschen Bieres der nationale Alleingang gewagt wird, jedoch nicht bei der Abgas-entgiftung der Kraftfahrzeuge. Zimmermanns Eiertanz beim Katalysator-Auto hat die Autokäufer verunsichert und deswegen umweltpolitisch und wirtschaftspolitisch gleichermaßen Schaden angerichtet.

Liebe Freunde,

neben der Wirtschaftspolitik ist das zweite große Feld der grundsätzlichen politischen Übereinstimmung zwischen Liberalen und der Union die Friedens- und Sicherheitspolitik. Die SPD hat sich auf diesem Gebiet in rasender Geschwindigkeit den Grünen angebedert. Natürlich müssen wir nach neuen Wegen in der Friedens- und Sicherheitspolitik suchen. Ein Bruch aber mit dem westlichen Bündnis, oder der Austritt aus der NATO, wie er vom künftigen SPD-Vorsitzenden, Oskar Lafontaine gefordert wird, kommt für uns nicht in Frage. Der sicherheitspolitische Neutralismus der SPD und der außenpolitische Provinzialismus der Grünen machen den Frieden instabiler anstatt ihn zu sichern. Das Gegenteil ist notwendig: Die künftige Friedens- und Sicherheitspolitik muß auf zwei gleichberechtigten Säulen stehen. Die eine ist der Partner USA und die andere muß ein politisch geeintes Europa sein. Gerade die Militarisierung des Weltraums und SDI zwingen die Europäer zu engem Schulterschuß. Hans-Dietrich Genscher hat zu SDI ein passendes Bild geprägt: Zwei Bewaffnete stehen in einem Raum und

keiner kann den anderen angreifen, weil er dann selbst mit seiner Vernichtung rechnen muß. Wenn sich der eine jetzt Stück für Stück einen Panzer anzieht, wird der andere dann tatenlos zusehen?

Das Prinzip der atomaren Abschreckung und der flexible response darf erst dann aufgegeben werden, wenn eine bessere Strategie gefunden wird, die die Führung eines atomaren und konventionellen Krieges unmöglich macht.

Ich habe von zwei gleichberechtigten, partnerschaftlichen Säulen der Sicherheitspolitik gesprochen. In dieses Bild paßt nicht, daß deutsche anerkanntermaßen bessere Technologien zugunsten amerikanischer, die der Postminister nicht einmal zulassen will, aufgegeben werden. Der Bundesverteidigungsminister vermittelt zunehmend den Eindruck, als handle es sich bei dem Verhältnis zwischen Herrn Weinberger und Herrn Wörner um ein ähnliches Verhältnis, wie zwischen Don Quichotte und Sancho Pansa: Der eine kämpft mitunter auch mal gerne gegen Windmühlen und der andere trabt auf seinem Esel, von gelegentlichen Warnungen abgesehen, immer brav hinterher.

Liebe Freunde,

unser Bundeskongreß wird sich noch mit diesen sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen. Und es stehen auch noch eine stattliche Anzahl weiterer heißer Eisen, insbesondere in der Innen- und Rechtspolitik, aber auch zur Wirtschaftspolitik an. Wir orientieren uns bei diesen Beratungen am liberalen Leitsatz, die größtmögliche Freiheit des einzelnen zu fordern. Lassen wir uns dabei nicht vom Schubladendenken unserer politischen Gegner irritieren:

Wenn wir die größtmögliche Freiheit des einzelnen in der Wirtschaftspolitik fordern, also mehr Marktwirtschaft und weniger Staat, dann heißt es, wir sind "rechts". Wenn wir das gleiche in der Innen- und Rechtspolitik wollen, also Vorrang des Individuums vor der Institution z.B. beim Datenschutz, dann heißt es, wir sind "links".

Für uns Liberale verläuft eben die politische Grenze nicht zwischen rechts oder links, sondern zwischen freiheitlich oder autoritär!

Gerade das für seinen wirtschaftlichen Aufschwung viel gerühmte kalifornische Beispiel macht deutlich, daß eine erfolgsorientierte Wirtschaftspolitik und eine liberale Gesellschaftspolitik keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen. Erst das aufgeklärte und tolerante kalifornische Klima schafft die Voraussetzung für die Phantasie und die Kreativität, die für die Entwicklung neuer wirtschaftlich nutzbarer Ideen nötig sind. Liberalität ist eben nicht teilbar!

Die amerikanischen Verhältnisse lassen sich auf die Bundesrepublik nicht ohne weiteres übertragen. Aber am kalifornischen Beispiel wird noch etwas deutlich:

Dort hat längst stattgefunden, was bei uns langsam beginnt: Die Absage vieler Jungendlicher an Kulturpessimismus und apokalyptische Endzeitstimmung. Die No-Future-Mentalität hat auch in der Bundesrepublik keine Zukunft mehr. Immer mehr Jugendliche erkennen, daß die Zukunft nicht nur Risiken hat, sondern vor allem neue faszinierende Chancen bietet. In der Forschung und der Technik ebenso, wie für mehr Individualität und gesellschaftliche Vielfalt.

Immer mehr Jugendliche wollen sich nicht verwalten lassen, sondern ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen.

Diese Entwicklung ist die große Chance für die liberale Jugendorganisation in der Bundesrepublik.

Wir Junge Liberale wenden uns an alle die Jugendlichen, denen eine tolerante und aufgeklärte Gesellschaft ebenso wichtig ist, wie eine funktionierende und leistungsorientierte Marktwirtschaft. Denen die ideologische Bevormundung der Sozialdemokraten und Alternativen ebenso auf die Nerven geht, wie die spießbürgerliche Rückschrittlichkeit der Konservativen.

Wir fordern die Jugendlichen auf: Engagiert euch! Engagiert euch in Initiativen, in Parteien, in politischen Jugendorganisationen - am besten bei den Jungen Liberalen.

Vielen Dank!